
Franz Walter/Tim Spier

Viel Lärm um nichts?

Zu den Erfolgsaussichten einer neuen Linkspartei



Prof. Dr. Franz Walter, geb. 1956 in Steinheim/Westf., Studium der Sozialwissenschaften und der Geschichte in Berlin und Bielefeld, lehrt Parteienforschung an der Universität Göttingen.



Tim Spier, geb. 1975 in Hannover, Studium der Rechts- und Politikwissenschaft in Göttingen, ist Promotionsstipendiat am Graduiertenkolleg „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells“ am Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien (ZENS) in Göttingen.

Kurz vor dem SPD-Sonderparteitag am 21. März 2004 fanden die Berichte und Gerüchte über die Gründung einer neuen Partei links der Sozialdemokratie einen vorläufigen Höhepunkt. Gleich mehrere Initiativen entwickelten einigen Eifer dabei, im Vorfeld des Parteitages ihre dahin gehenden Pläne mediengerecht zu präsentieren. Die Zeitungen, von der eher konservativen FAZ bis zur mitunter noch links-alternativen taz, wussten täglich Neues zu berichten, eifrige Politikwissenschaftler diktierten Journalisten ihre Einschätzungen in die Notizblöcke, und im Fernsehen konnte man bewundern, wie sieben bayerische SPD-Dissidenten und IG-Metall-Funktionäre - pathetisch untermalt von entsprechender Filmmusik - sich der Öffentlichkeit als die „Glorreichen Sieben“ präsentieren. Natürlich blieben auch Reaktionen der SPD-Spitze nicht aus, wobei hier insbesondere die Rollenverteilung ins Auge fiel: Während Bundeskanzler Gerhard Schröder das Ganze herablassend als ein kleines „Aktionchen“ ridikülisierte, geißelte der Sprecher der „Parlamentarischen Linken“, Fraktionsvize Michael Müller, die Gründung einer neuen Partei als „verantwortungslos“ und sprach von „Sektierertum“.¹ Und der SPD-Landeschef in Bayern, Ludwig Stiegler, ließ schließlich in seiner

¹ Vgl. Schröder rügt „Aktionchen“ der Abweichler, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.3.2004, S. 6.

fraglos unnachahmlich barocken Art wissen, dass er „wie ein Landesbischof“ um „jede Seele“ kämpfen werde.² Dass jenes gegen sechs der sieben bereits eingeleitete Parteiausschlussverfahren mehr nach kurialer Exkommunikation denn episkopaler Seelsorge aussah, stand allerdings auf einem anderen Blatt.

Bei so viel Aufregung, Verwirrung und Emotionen scheint es sich zu lohnen, der Frage nachzugehen, welche Erfolgsaussichten eine neue Linkspartei haben könnte, wenn sie sich nun tatsächlich formieren und zu Wahlen antreten würde. Handelt es sich um eine Fata Morgana, einen Sturm im Wasserglas, viel Lärm um nichts? Oder muss die SPD befürchten, zu ihren ohnehin zurzeit zahlreichen Problemen mit einem weiteren Menetekel zu tun zu bekommen? Und: Gibt es in der Republik neben SPD, Grünen und PDS überhaupt Platz für eine neue Partei links der Mitte? Sind es nicht viel eher die linken Wähler, die fehlen, als die linken Parteien, an denen es mangelt?

Günstige Gelegenheit? Die Krise der Sozialdemokratie

Eins vorweg: Politologen sind natürlich keine Propheten, sie können nicht unzweifelhaft antizipieren, wie sich die Parteienlandschaft mittel- oder langfristig entwickeln wird. Wer kann schon wissen, welche Ereignisse morgen eintreten und die politische Stimmung im Lande womöglich von Grund auf verändern? Schließlich hätte kaum jemand etwa im Juni 2002 der Regierung Schröder noch größere Chancen eingeräumt, die Bundestagswahlen zu gewinnen. Oder der Regierung Kohl im Sommer 1989. Doch Flut, Irak-Krieg oder eben der Fall der Mauer ließen die Stimmung kippen. Wenn auch nicht für Prophetien geeignet, so kann die Politikwissenschaft jedoch etwas anderes leisten: Sie vermag zu erhellen, unter welchen Umständen es zumindest in der Vergangenheit neuen politischen Akteuren gelungen ist, sich in politischen Systemen zu etablieren. Und sie kann versuchen, aus diesen situativen Faktoren Schlussfolgerungen für die Bewertung der politischen Gegenwart zu ziehen. In der Fachterminologie nennt man eine derartige spezifische Konfiguration eine günstige Gelegenheitsstruktur.³ Eine solche Kairossituation könnte für die Etablierung einer Linkspartei in Form der aktuellen Krise der Sozialdemokratie vorliegen. Wir werden sehen.

Dafür einen Blick zurück: Der Sieg der SPD am 22. September 2002 kam nicht nur unerwartet, das Stimmungshoch hielt auch kaum ein paar Wochen an. Würde diese Sichtweise Ursache und Wirkung nicht vertauschen, so müsste man bei retrospektiver Betrachtung der SPD-Umfragewerte für die Jahre 2002 und 2003 sagen, dass der Termin der Bundestagswahl für die Sozialdemokraten nicht besser hätte platziert sein können: Nur zu diesem Zeitpunkt konnte sich die Partei auch nur annähernd Werten von etwa 40 Prozent Zustimmung in der Wahlbevölkerung erfreuen.⁴ Schon kurze Zeit später indes begann ein demoskopischer und elektoraler Absturz, den die Republik in dieser Form noch niemals erlebt hatte: Eine Volkspartei, noch dazu die regierende, verlor innerhalb weniger Monate bei fast allen Umfrageinstituten etwa 10 Prozentpunkte (und mehr) in der Sonntagsfrage - ein Verlust, den sie seitdem nicht mehr wettzumachen vermochte. Und der Winter 2003/2004 war dann

2 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30.3.2004.

3 Vgl. hierzu z.B. Herbert Kitschelt, Political Opportunity Structures and Political Protest, in: British Journal of Political Science, Jg. 16 (1986), H. 1, S. 57-85.

4 Zeitreihen der Umfragen führender Meinungsforschungsinstitute finden sich unter <http://www.wahlrecht.de>.

für die deutsche Sozialdemokratie wahrlich hart: Mit etwa 24 Prozent ermittelte ein Teil der Demoskopien die tiefsten jemals im Bund gemessenen Umfragewerte.⁵

„Die anderen gewinnen die Umfragen, wir die Wahlen!“ - Gerhard Schröder wäre sicher froh, wenn dieses Kohlsche Diktum auch für ihn Geltung hätte. Doch die Realität sieht anders aus: In den fünf Landtagswahlen seit dem 22. September 2002 hat die SPD deutlich an Boden verloren. In Hessen über 10 Prozentpunkte, in Niedersachsen sogar fast 15. Und in Bayern schafften es Stoiber und die CSU gar, die Zweidrittel-Mehrheit zu erringen und die SPD unter 20 Prozent zu drücken. Doch besonders symptomatisch für die Krise der Sozialdemokratie sind die Bürgerschaftswahlen in Hamburg gewesen. Die Hansestadt war über Jahrzehnte eine Hochburg der SPD; von Mitte der 1950er- bis in die frühen 1980er-Jahre hinein waren hier absolute Mehrheiten für die Partei Ollenhauers und Brandts eher die Regel als die Ausnahme. 44 Jahre lang haben in Hamburg Sozialdemokraten ununterbrochen den Senat geführt, bis am 23. September 2001 der sensationelle Sieg der Partei Ronald Schills eine bürgerlich-rechtspopulistische Koalition unter Ole von Beust möglich machte. Die 19,4 Prozent, die die „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ erringen konnte, kamen zu einem guten Teil von Wählern, die bei der letzten Wahl ihr Kreuz bei der SPD gemacht hatten.⁶ Und betrachtete man das Wählerprofil der Schill-Partei, so fiel auf, dass es all jene soziodemographischen Merkmale aufwies, die man klassischerweise dem Elektorat einer Arbeiterpartei beimisst: Erfolg bilanzierte Schill vor allem bei Männern, bei Personen mit einem niedrigen formalen Bildungsgrad, bei Arbeitern und einfachen Angestellten - also eben jenen „kleinen Leuten“, die über Jahrzehnte die Kernwählerschaft der SPD ausgemacht hatten. Dass diese nach dem Niedergang der PRO in der Bürgerschaftswahl 2004 nicht wieder in den Schoß „ihrer“ Partei zurückgekehrt sind, sondern den „Klassenfeind“ CDU gewählt haben, müsste die hanseatischen Sozialdemokraten eigentlich mindestens so stark umtreiben wie die bloße Tatsache, dass die SPD mit 30,5 Prozent ihr schlechtestes Wahlergebnis in Hamburg seit Ende des Zweiten Weltkriegs erzielte.

Um diesen wichtigen Sachverhalt hervorzuheben, lohnt es sich, den Fokus noch weiter zu schärfen: Als pars pro toto für die Hamburger Hochburgen der Schill-Partei kann der Stadtteil Wilhelmsburg gelten, ein altes Arbeiterviertel in unmittelbarer Nähe zu den Hafen- und Industriegebieten. Nicht nur Herbert Wehner, der einst seinen Wahlkreis hier hatte, konnte über 70 Prozent holen, bis in die 1990er-Jahre hinein erzielte die SPD hier bei allen Wahlen weit mehr als die Hälfte der Wählerstimmen. Doch dann kamen die rechten Populisten: 1993 die Republikaner mit 11,6 Prozent, 1997 die DVU mit 10,9 Prozent und schließlich Schill 2001 mit ungeheuerlichen 34,9 Prozent.⁷ Die kontinuierlich schrumpfende SPD konnte den „Richter Gnadenlos“ nur knapp auf Platz zwei verweisen, um dann ausgerechnet an die CDU, die in Wilhelmsburg nie eine größere Rolle gespielt hatte, hier weder sozial noch kulturell jemals präsent oder gar verwurzelt war, 2004 die Mehrheit abzugeben.

Die Ursachen für dieses Phänomen liegen wohl weniger in einer neuen Attraktivität von Rechtspopulisten und Christdemokraten begründet, als in der massiv gesunkenen Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der Sozialdemokratie für bestimmte Wählergruppen: Die SPD hat sich verändert. Sie ist nicht mehr die Partei der Arbeiterbewegung, die sie einstmals

5 Vgl. auch Franz Walter, Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder, Wiesbaden 2004, S. 7 ff.

6 Vgl. auch zum Folgenden die Kurzanalysen von Infratest dimap unter <http://www.infratest-dimap.de/wahlen/hamburg01/> und der Forschungsgruppe Wahlen unter <http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Wahlanalysen>.

7 Vgl. zu den Wahlergebnissen in Wilhelmsburg die Wahldatenbank des Statistischen Amtes für Hamburg und Holstein unter <http://www.wahlen-hamburg.de>.

war. Diese Feststellung ist banal und gilt nicht erst, seitdem Gerhard Schröder die „Neue Mitte“ im Visier hat. Mehr als 140 Jahre Parteigeschichte lassen sich letztlich als eine Geschichte der ständigen Veränderung, der flexiblen Adaption und des strategischen Wandels erzählen.⁸ Das ist einerseits gut und richtig, denn wo wäre die Partei heute, wenn sie sich allein auf ein stetig schrumpfendes Klientel von Industriearbeitern stützen müsste? Schon allein der soziodemographische Wandel erfordert mithin die Anpassung, will eine Partei nicht mittel- und langfristig auf dem Wählermarkt ins Hintertreffen geraten und im historischen Abseits landen. Insofern ist der Vorstoß in die „Neue Mitte“ einer insgesamt „mittiger“ gewordenen Gesellschaft strategisch sinnvoll, ja zwingend. Überdies: In Mehrparteiensystemen ist der Ort im Zentrum konstitutiv für die Koalitions- und Majoritätsbildung. Vom Rand jedenfalls wird man eine moderne Republik schlechterdings nicht regieren können.

Andererseits aber ist ebenso unzweifelhaft, dass es die Sozialdemokratie in ihrem Drang zur Mitte versäumt hat, ihre linksseitig zurückgebliebenen Kernklientele zu pflegen und behutsam mitzunehmen: diejenigen also, die über Jahrzehnte der SPD die Treue gehalten haben, die immer bei den „Roten“ ihr Kreuz gemacht haben, egal, welchen Kandidaten die Partei auch aufstellte. Und die SPD hat auch nicht versucht, ist mittlerweile vielleicht auch gar nicht mehr in der Lage, die Gruppen an sich zu binden, die man als die postmoderne Variante der proletarischen Marginalität bezeichnen könnte: die neuen urbanen Unterschichten, arbeitslos oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen, wohnhaft in sanierungsbedürftigen Mietskasernen und den nicht gerade in Ehren ergrauten Betonklötzen der 1960er- und 1970er-Jahre.⁹ Gerade diese modernen Unterprivilegierten wären vor drei oder vier Jahrzehnten noch alternativlos eine Wählergruppe der Sozialdemokraten gewesen. Heute votieren sie für die CDU, für eine populistische Rechtspartei oder bleiben, weit häufiger wahrscheinlich, den Wahlen ganz einfach gleichgültig oder verächtlich fern.

Im Laufe der 1990er-Jahre haben bekanntlich die meisten sozialdemokratische Parteien in Westeuropa den Wechsel hin zur gesellschaftlichen Mitte vollzogen. Diese Strategie, am prononciertesten vorgebracht von Blair-Berater Giddens¹⁰, ist inspiriert von Anthony Downs „Medianwähler-Theorem“, nach dem es zur Stimmenmaximierung für Parteien sinnvoll ist, sich der Position der Wähler der Mitte anzunähern.¹¹ Wie viele ökonomische Modelle basiert aber auch dieses Theorem auf vereinfachenden Grundannahmen, die - mit der empirischen Realität konfrontiert - zu verheerenden Konsequenzen führen können¹²: Zum einen wird davon ausgegangen, dass eine Partei ihre ideologische Position praktisch frei zu variieren vermag. Die SPD kann dies aber nicht, sie hat einen Ruf zu verlieren. Die inhaltliche Leere, die programmatische Konturenlosigkeit, die mit dem Marsch in die „Neue Mitte“ einhergegangen ist, hat viele alte Anhänger abgeschreckt und die emotionale Bindung zu „ihrer“ SPD gekappt.¹³ Und die neuen Wähler, die sie gewonnen hat, sind unbeständig, wechselhaft, volatil. Kein Milieu und keine Tradition hält sie davon ab, bei der nächsten Wahl ihre Wahl zugunsten einer anderen Partei abzugeben.

Zum anderen geht das Downssche Modell in seiner einfachen Form davon aus, dass es keine Flügelparteien gibt, die die enttäuschte Anhängerschaft einer zur Mitte strebenden

8 Vgl. Franz Walter, *Die SPD – Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, Berlin 2002.

9 Vgl. Franz Walter, *Die Sozialdemokratie nach Schröder*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 49 (2004), H. 5, S. 553ff.

10 Vgl. Anthony Giddens, *Der Dritte Weg*, Frankfurt/M. 1999.

11 Vgl. Anthony Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968, S. 111ff.

12 Vgl. Herbert Kitschelt, *The Transformation of European Social Democracy*, Cambridge 1994, S. 112ff.

13 Vgl. Franz Walter, *Die Leere der Linken*, in: *Tagesspiegel*, 18.8.2002.

Partei auffangen könnte. Man baut also darauf, dass das berühmt-berüchtigte „kleinere Übel“ gewählt wird. Sobald man aber die Ebene des theoretischen Modells verlässt und mit der deutschen Realität eines Mehr-Parteien-Systems konfrontiert wird, muss eine Partei, die den Medianwähler bedienen will, alles daran setzen, nicht gleichzeitig andere, traditionelle Wählerschichten zu verlieren. Ansonsten geht das Kalkül der Stimmenmaximierung nicht auf. Man kann den Erfolg der SPD bei der Bundestagswahl 1998 auch dahingehend interpretieren, dass es der Partei gelungen ist, die richtige Balance zu finden: zwischen Modernisierern und Traditionalisten, zwischen „der Mitte“ und „der Linken“, zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine. Der damalige Wahlslogan „Innovation und Gerechtigkeit“ stand symbolisch für diese Doppelstrategie. Doch inzwischen ist klar, welche Seite sich durchgesetzt hat. Und damit öffnet sich der politische Gelegenheitsraum für eine Partei, die der SPD das frei werdende „proletarische“ Wählerpotential streitig macht.

Wen wählt das Proletariat? Ein Potential sucht eine Partei

Schaut man sich andere Länder in Westeuropa an, so sind es vor allem Rechtspopulisten, denen es gelungen ist, tief in ehemals sozialdemokratische, sozialistische oder auch kommunistische Kernelektorate einzudringen: So bestehen kausale Zusammenhänge zwischen dem elektoralen Abstieg der französischen Kommunistischen Partei und der endgültigen Etablierung des Front National von Jean-Marie Le Pen im französischen Parteiensystem. Der Front ist nicht nur in den inzwischen geschleiften kommunistischen Hochburgen äußerst erfolgreich, sondern ist auch in der Gruppe der Arbeiter die meistgewählte Partei.¹⁴ Und Jörg Haiders FPÖ ist es ebenfalls zunächst gelungen, der SPÖ massiv Wähler abspenstig zu machen. Bei den österreichischen Nationalratswahlen 1999 wählten beispielsweise 47 Prozent der Arbeiter die „Freiheitlichen“, die österreichischen Sozialdemokraten kamen in der gleichen Gruppe gerade einmal auf 35 Prozent.¹⁵ Die Reihe der Beispiele ließe sich - mit Abstufungen - für den Vlaams Blok in Belgien, die Lega Nord in Italien oder selbst die Lijst Pim Fortuyn in den Niederlanden fortsetzen. Die Gründe, warum rechtspopulistische Parteien in Deutschland auf der Bundesebene bisher keinen durchschlagenden Erfolg hatten, sind vielschichtig und sollen nicht Thema dieses Beitrages sein.¹⁶ Das oben betrachtete Beispiel der Schill-Partei aber zeigt, dass es solchen Parteien ganz prinzipiell auch hier möglich ist, die von der SPD enttäuschten Wählerschichten zu gewinnen.

Derweil ist es zurzeit die CDU, die in die Rolle der deutschen Arbeiterpartei geschlüpft ist: Schon bei der Bundestagswahl 2002 konnten sich die Unionsparteien in diesem Bevölkerungssegment gegenüber der Wahl 1998 um satte 10 Prozentpunkte steigern – verglichen mit einem Plus von 3,4 Prozentpunkten insgesamt ein deutlich überproportionaler Anstieg.¹⁷ Selbst bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, einer Kombination, die gemeinhin als immun gegenüber konservativ-liberalen Versuchungen gilt, konnten CDU/CSU 4 Prozentpunkte zulegen. Und schlimmer noch: Wertet man die laufenden Sonntags-

14 Vgl. Frank Decker, *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen 2004, S. 53ff.

15 Vgl. Lothar Probst, Jörg Haider und die FPÖ: Anmerkungen zum Rechtspopulismus in Österreich, in: Nikolaus Werz (Hrsg.), *Populismus - Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 121f.

16 Vgl. hierzu aber Frank Decker, *Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der „Schill-Partei“*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 52 (2002), H. 21, S. 22-31.

17 Vgl. zum Folgenden auch Wolfgang Hartenstein/Rita Müller-Hilmer, *Die Bundestagswahl 2002: Neue Themen – Neue Allianzen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 52 (2002), H. 49-50, S. 20ff.

fragen nach Berufsgruppen aus, so kommt die Union von Januar 2003 bis zum April 2004 inzwischen im Schnitt auf Unterstützungquoten um 53 Prozent bei den Arbeitern.¹⁸ Doch ist es mehr als fraglich, ob es den Christdemokraten dauerhaft gelingen wird, diese Klientel an sich zu binden. Zwar hat die katholische und auch kleinstädtische Arbeitnehmerschaft in den Unionsparteien durchaus eine lange Tradition, die bereits auf die christliche Gewerkschaftsbewegung zurückgeht. Doch das Öffentlichkeitsbild der Partei wird derzeit viel eher dominiert von prononciert neoliberal eingestellten Politikern wie etwa Friedrich Merz, der die „Tarifkartelle zerschlagen“, die „Gewerkschaftsfunktionäre entmachten“, die Sozial- und Arbeitslosenhilfe kürzen sowie eine Steuerreform durchführen will, die zwar auf einen Bierdeckel passt, aber gering Verdienende derart belasten würde, dass sie wohl kaum noch in der Lage wären, die Zeche zu zahlen.¹⁹ So ist die Flucht der Arbeiter in die Arme der Union wahrscheinlich eher als vorübergehender Protest zu sehen, der - spätestens wenn die CDU in Regierungsverantwortung beweisen muss, wie christlich-sozial sie eigentlich noch ist - wohl rasch vorbei sein dürfte. Die Wählerverluste für die regierenden Konservativen und Christdemokraten zuletzt in Frankreich, Österreich oder auch Spanien deuteten das künftige Dilemma der CDU/CSU bereits an.

Es bleibt die Frage, ob es eine Partei links der Mitte vermag, das Wählerpotential zu binden, das der SPD abhanden gekommen ist. Dass dies die Bündnisgrünen sein könnten, ist eher unwahrscheinlich. Dabei hat gerade diese Partei von dem Umfrage-Tief der SPD nach der Bundestagswahl enorm profitiert: Von den Meinungsforschungsinstituten vor dem 22. September 2002 mit mageren 6, vielleicht 7 Prozent gehandelt, starteten die Bündnisgrünen nach ihrem mit 8,6 Prozent überraschend guten Abschneiden bei der Wahl zu einem Höhenflug in die Zweistelligkeit. Es gibt auch kaum Zweifel daran, dass es zu einem guten Teil enttäuschte SPD-Anhänger sind, die für diesen Zuwachs verantwortlich sind. Doch sind dies wohl zumeist rot-grüne Lagerwähler, die aus momentaner Unzufriedenheit mit der SPD heraus diese Partei abstrafen und für eine Weile die Grünen unterstützen.²⁰ Es gibt kaum Gründe, warum sie nicht zur Sozialdemokratie zurückkehren sollten, unterstützen die Grünen als Koalitionspartner doch letztlich alle Regierungsvorhaben, die bei der SPD als unsozial kritisiert wurden. Der Exodus des Restproletariats aus der „Neuen Mitte“ hat aber eine ganz andere, tiefgehend-strukturelle Dimension. Es ist jedenfalls schwer vorstellbar, dass etwa der langzeitarbeitslose, frühere Bergarbeiter aus Gelsenkirchen plötzlich grün wählen sollte. Oder der Sozialhilfeempfänger in einem Frankfurter Plattenbau. Viel zu tief sitzen dort die Vorbehalte gegen die Partei der Müslis, der Fünf-Mark-Pro-Liter-Benzin-Befürworter, der Feministinnen und Öko-Freaks. Und selbst wenn diese Klischees einem aktuellen, realistischeren Bild der Grünen im Jahr 2004 weichen würden: Auch und erst recht eine linksliberale Partei des arrivierten und saturierten postmaterialistischen Bildungsbürgertums besitzt für diese Klientel nicht die geringste Anziehungskraft, im Gegenteil. Denn gerade durch ihre Allianz mit den Grünen haben sich die Sozialdemokraten zuvor ja kulturell weit von diesen Unterschichten entkoppelt und entfremdet.

Und die PDS? Hat sie nicht das Potential, genau diese Gruppen anzusprechen? Die Zeiten der größeren Erfolge für die Partei des Demokratischen Sozialismus scheinen aus heutiger Sicht schon ein paar Jahre zurückzuliegen. 1998 gelang es ihr, ohne den Umweg über drei

18 Eigene Berechnung aufgrund der Daten des monatlichen DeutschlandTrends von Infratest dimap. Die Autoren danken dem Umfrageinstitut für die Bereitstellung der Zeitreihen-Daten.

19 Vgl. hierzu auch Erich Röper, Die Union – eine bessere FDP? Was würde Jesus dazu sagen?, in: TAZ, 6.3.2004.

20 Vgl. hierzu auch Joachim Raschke, Zwei Lager, drei Mehrheiten und der regierende Zufall – Zur Einordnung der Bundestagswahl 2002, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 17 (2003), H. 1, S. 15ff.

Direktmandate, mit 5,1 Prozent in Fraktionsstärke in den Bundestag einzuziehen. Ein Jahr später, im Juni 1999, konnten die Linksozialisten 5,8 Prozent bei den Europawahlen holen. Und in einigen ostdeutschen Bundesländern schaffte es die SED-Nachfolgepartei sogar, die SPD als zweitstärkste Partei zu überrunden. Doch der eigene Erfolg wurde der PDS zum Verhängnis: Sah man sich noch im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 selbstbewusst als gesamtdeutsche Linksalternative zur SPD, als einzige konsequente Oppositionspartei²¹, so waren es in der folgenden Zeit genau diese Punkte, die das Dilemma der PDS ausmachten: Beflügelt durch gute Ergebnisse in den Bundesländern drängte die Partei zur Regierungsmacht. In Mecklenburg-Vorpommern schon 1998, seit 2001 aber auch in Berlin. Insbesondere die radikale Sparpolitik des rot-roten Senats in der Bundeshauptstadt, die vor allem in den linken Klientelbereichen Bildung, Soziales und Kultur als einschneidend empfunden wurde, entzauberte den Oppositionsmythos der Partei. Plötzlich demonstrierten die sozialen Bewegungen, die die Partei eigentlich an sich binden wollte, gegen den von der PDS vorangetriebenen Wohlfahrtsabbau. Der Rücktritt des Aushängeschildes Gregor Gysi als Wirtschaftsminister nach knapp einem halben Jahr tat ein Übriges: Die PDS verfehlte mit 4,0 Prozent 2002 den Wiedereinzug in den Bundestag deutlich und wird dort nur noch durch ihre zwei Berliner Direktmandatsträgerinnen vertreten. Die „Zufallsthemen“ Flut in Ostdeutschland und Irak-Krieg, die es der SPD ermöglichten, die PDS ausgerechnet auf dem Gebiet ihrer Wahlkampfthemen „Solidarität mit Ostdeutschland“ und „Frieden“ zu schlagen²², sind dabei nur die situativen Momente der Wahlniederlage. Die eigentlichen Probleme der PDS sind struktureller Art: Sie ist mittlerweile eindeutig eine regionale Ostpartei, die in Westdeutschland aufgrund ihrer SED-Vergangenheit nicht richtig Fuß fassen kann; sie ist von ihrer Mitgliederstruktur hoffnungslos überaltert, ja: fast vom Aussterben bedroht; sie hat sich durch ihre Regierungsbeteiligungen als Protestpartei gegen Neoliberalismus und Sozialabbau unglaublich gemacht. Dass die PDS - insbesondere im Westen - die von der SPD Enttäuschten auffangen kann, ist daher mehr als zweifelhaft. Durchaus möglich erscheint allerdings, dass eine neue Linkspartei im Westen Bündnisse oder zumindest Wahlabsprachen mit der PDS im Osten eingeht – eine Idee, die die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung anscheinend schon eine Weile beschäftigt.²³

Es bleibt also - zumindest in den westlichen Bundesländern - eine Lücke im Parteiensystem, die eine neue Linkspartei füllen könnte. Glaubt man den professionellen journalistischen Beobachtern der Szenerie, so haben sich mittlerweile mehr als dreißig Gruppierungen gebildet, die eine solche Partei aus der Taufe heben wollen. Die mediale Aufmerksamkeit konzentriert sich jedoch zurzeit auf zwei überregionale Zusammenschlüsse, die zudem eng miteinander kooperieren wollen.²⁴ Die „Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (ASG) wurde von einer Reihe von Gewerkschaftsfunktionären in Süddeutschland gegründet. Es handelt sich bei den Initiatoren fast ausschließlich um SPD-Mitglieder, die ihrer Partei vorwerfen, sich von ihren Grundsätzen entfernt zu haben und die Wahlversprechen von 1998 und 2002 nicht einzuhalten. Die Gründung einer neuen Partei ist für diese nur eine Option für den Fall, dass die SPD ihren Kurs nicht verändert.²⁵ Der andere Zusammen-

21 Vgl. Tobias Dürr, Die Linke nach dem Sog der Mitte – Zu den Programmdebatten von SPD, Grünen und PDS in der Ära Schröder, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 52 (2002), H. 21, S. 5-12.

22 Vgl. hierzu auch Peter Lösche, Bemerkungen zum Wahlkampf der SPD, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 17 (2003), H. 1, S. 15ff.

23 Vgl. Michael Brie, *Ist die PDS noch zu retten? Analysen und Perspektiven*, Berlin 2003, S. 34ff.

24 Vgl. auch deren Websites: <http://www.initiative-asg.de/> und <http://www.wahlalternative.de>.

25 Vgl. hierzu das Interview mit dem ASG-Mitgründer Klaus Ernst, in: *taz*, 15.5.2004.

schluss nennt sich „Wahlalternative 2006“ und scheint politisch heterogener zu sein: neben dem intellektuellen Umfeld des gewerkschaftsnahen VSA-Verlags finden sich unter den Gründern auch Mitglieder der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, Gewerkschaftsfunktionäre sowie Enttäuschte aus SPD, Bündnisgrünen und PDS. Beide Gruppierungen sind mittlerweile dazu übergegangen, gemeinsame Regionalgruppen einzurichten. Am 20. Juni 2004 soll ein Bundeskongress in Berlin darüber entscheiden, ob eine Parteigründung in Angriff genommen werden soll.

Aussicht auf Erfolg? Die elektoralen Chancen einer Linkspartei

Ganz neu ist er nicht, der Versuch, eine Linksabspaltung von der SPD im deutschen Parteiensystem zu etablieren: 1981 wurden die Bundestagsabgeordneten Coppik und Hansen wegen ihrer Opposition gegen die Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition und den Nato-Doppelbeschluss aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen. Auf ihre Initiative hin gründeten sich 1982 in Münster die Demokratischen Sozialisten (DS) – die Partei blieb jedoch eine politische Sekte, ohne jeden nennenswerten Erfolg bei Wahlen. Um einem solchen Schicksal zu entgehen, müsste eine neue Partei bestimmte Erfolgsbedingungen erfüllen, von denen einige im Folgenden kurz angesprochen werden sollen.

Der wichtigste, wenngleich nachgerade triviale Punkt zog sich schon durch die bisherige Darstellung: Eine neue Linkspartei benötigt ein ausreichend großes Wählerpotential, das es ihr ermöglicht, bei Wahlen mehr als fünf Prozent der Stimmen zu erringen. Die Meinungsforscher - immer bemüht, neuen Trends schnell auf die Spur zu kommen - haben schon einmal nachgefragt: Nach einer Umfrage von Forsa würden 26 Prozent der Befragten die Gründung einer solchen Partei begrüßen, allerdings könnten sich nur 3 Prozent vorstellen, sie auch zu wählen.²⁶ Ein solches Stimmungsbild sollte nicht überinterpretiert werden: Die Frage legt einerseits bei Unzufriedenheit mit der Politik der SPD eine Protesthaltung - und damit eine positive Bewertung des Projekts Linkspartei - nahe, andererseits dürfte es den Befragten aber auch schwer fallen, ein Urteil über eine Partei abzugeben, deren programmatische und personelle Konturen sich noch gar nicht abgezeichnet haben, ja: deren Namen sie noch nicht einmal kennen. Es bleibt also nur die abstrakte Beschreibung eines solchen Potentials: enttäuschte Arbeitnehmer, prekär Beschäftigte, Unterprivilegierte und andere von Sozialkürzungen betroffene Bevölkerungsgruppen. Schaut man sich einige Zahlen an, so verwundert es nicht, dass manche politische Kommentatoren behaupten, die Gründung einer Linkspartei läge gewissermaßen „in der Luft“: 7,5 Millionen Minijobs, 4,5 Millionen Arbeitslose, 2,7 Millionen Sozialhilfeempfänger, 500.000 Demonstranten gegen die Sozialkürzungen der Bundesregierung am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart – das Potential scheint prinzipiell groß genug zu sein.²⁷ Die eigentliche Frage ist, ob es einer neuen Partei gelingen kann, diese ideologisch, soziokulturell wie habituell äußerst heterogenen, wenn nicht sogar grundverschiedenen Schichten gleichermaßen anzusprechen.

Womit wir bei der Frage der grundsätzlichen Strategie einer neuen Linkspartei wären. Sie müsste darauf angelegt sein, sich als wählbare Alternative für breite, von allgemeiner politischer Unzufriedenheit wie konkretem Protest geprägte Bevölkerungsschichten darzustellen. Ein guter Teil dieser Zielgruppe dürfte sich dabei selbst gar nicht als besonders „links“

26 Vgl. Stern vom 25.3.2004.

27 Vgl. zu den meisten Zahlen die Website des statistischen Bundesamtes <http://www.destatis.de>.

verorten. Vor diesem Hintergrund erscheint es verständlich, dass zumindest die „Wahlalternative 2006“ in einem Strategiepapier ausdrücklich darauf hinweist, dass es gerade nicht um die Gründung einer „explizit linkssozialistischen Partei“ gehe, sondern eher um eine Sammlungsbewegung unterschiedlichster Strömungen und Traditionen.²⁸ Ein präventives Ziel, dessen Verwirklichungschancen aber doch wohl eher gering sind: Es bleibt schwer vorstellbar, wie langbärtige kommunistische Altkader, linkskeynesianische Wirtschaftsprofessoren, junge Attac-Aktivisten, traditionsorientierte Gewerkschaftsfunktionäre, sozial engagierte, aber doch zutiefst bürgerliche Kirchenlaien, arbeitslose Metallarbeiter und unqualifizierte Jungarbeiter auf einen gemeinsamen Nenner kommen sollen. Es sei hier nur – gewissermaßen als Fußnote – auf die heftigen Flügelkämpfe und erbitterten Auseinandersetzungen, ja: das Aufbrechen tiefster kultureller Gegensätze in der Frühphase der grünen Partei in den 1980er-Jahren verwiesen. Im postmaterialistischen Klima der damaligen Jahre hatte das für das partizipationsfreudige Neubürgertum noch Charme; in der materialistischen Not der Gegenwart indessen wird das auf das desperate und sprachlose Neuproletariat lediglich abschreckend wirken.

Zudem: Die Strategie einer solchen Partei steht vor einem großen Dilemma. Gerade weil rot-grüne Bundesregierung wie auch schwarz-gelbe Opposition verkünden, dass es „keine Alternative“ zu einer Politik der Sparens, der neoliberalen Umstrukturierung und der schmerzhaften Einschnitte in das soziale Netz gäbe, muss eine solche Linkspartei konstruktiv und konkret realistische Alternativen zu diesem Kurs aufzeigen. Aber dennoch dürfte sie unter keinen Umständen ihre Oppositionsrolle aufgeben und versuchen, diese Alternativen kompromissdurchwirkt umzusetzen. Es lässt sich nämlich für Protestparteien – gleich ob linker oder rechter Provenienz – feststellen, dass sie ihre Glaubwürdigkeit und damit die elektorale Basis verlieren, sobald sie sich in einer Regierungsbeteiligung verstricken. Dabei ist es gleichsam ein „ehernes Gesetz“, um hier bewusst Robert Michels zu rehabilitieren, dass Bewegungen und Parteien Oligarchien ausbilden, die fast unausweichlich auf eine Beteiligung an der Macht zusteuern.²⁹ Die politische Agenda können Protestparteien nur indirekt beeinflussen. Aber darin liegt gleichzeitig auch ihre Stärke: Wenn sie bei Wahlen den etablierten Parteien genug Wählerstimmen fortnehmen, so fühlen sich diese dazu gezwungen, deren Themen aufzugreifen und so dem Protest das Hauptanliegen zu entwenden. Auf diese Weise haben die Grünen in der parlamentarischen Opposition gegenüber CDU und FDP allein durch ihre Wahlerfolge vermutlich mehr neue Atomkraftwerke verhindert, als es dem Umweltminister Trittin nun vergönnt sein wird, alte Anlagen abzuschalten. Und die Republikaner mussten noch nicht einmal in den Bundestag einziehen, um eine Verschärfung des Asylrechts durchzusetzen.

Kommen wir zu der Frage, auf welche Inhalte die Partei setzen müsste, um erfolgreich zu sein. Die Antwort liegt eigentlich auf der Hand: Soziale Gerechtigkeit und Bewahrung des Sozialstaates dürften die „Gewinner-Themen“ sein. Trotz der aggressiven Polemik, die in den mittlerweile ziemlich einheitlich neoliberal durchformten meinungsbildenden Medien gepflegt wird, sind positive Einstellungen gegenüber dem Wohlfahrtsstaat in der Bevölkerung bemerkenswert weit verbreitet.³⁰ Mit der Besetzung dieser Themen würde eine Linkspartei nicht nur in ein Feld vordringen, das die klassische SPD okkupiert hielt, seit dem Aufbruch in

28 Vgl. den Grundsatztext „Für eine wahlpolitische Alternative 2006“, <http://www.wahlalternative.de>.

29 Vgl. Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie – Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 4. Aufl. Stuttgart 1989.

30 Vgl. Edeltraut Roller, Erosion des sozialstaatlichen Konsenses und die Entstehung einer neuen Konfliktlinie in Deutschland?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 52 (2002), H. 29-30, S. 13-19.

die „Neue Mitte“ allerdings stiefmütterlich behandelt, ja sträflich vernachlässigt hat. Mehr noch: Es ließen sich viele der aktuell diskutierten politischen Vorhaben und Gesetze auf diese Grundthemen zurückführen und herunterbrechen, so dass eine innere Kohärenz zwischen konkretem Protest und der ideologischen Grundlinie hergestellt werden könnte. Interessant dürften in diesem Zusammenhang für eine deutsche Linkspartei auch Entwicklungen in Skandinavien sein: Hier haben sich mit der Socialistisk Folkeparti (SF) in Dänemark, mit der Sosialistisk Venstreparti (SV) in Norwegen, der Vänsterpartiet (VP) in Schweden und der Vasemmistoliitto (VAS) in Finnland recht erfolgreiche Parteien links der Sozialdemokratie etabliert, die bei Wahlen regelmäßig auf Stimmenanteile um 10 Prozent kommen. Ihr Erfolg lässt sich damit erklären, dass sie sich - gerade gegenüber Entscheidungen regierender Sozialdemokraten - auf die Verteidigung des skandinavischen Wohlfahrtsstaatsmodells spezialisiert haben. Mit Erfolg, denn sie werden nun schon seit Jahrzehnten relativ kontinuierlich sowohl von Teilen der traditionellen Arbeitnehmerschaft, Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, Studierenden wie auch von Gewerkschaftern unterstützt.

Abschließend noch ein paar Worte über mögliche Agitationsformen einer neuen Linkspartei: Der bereits zu Anfang zitierte SPD-Fraktionsvize Müller hat die Gründungs-Initiativen als „eine Art Schill-Partei von links“ bezeichnet, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass die „Wahlalternative 2006“ in ihrem Strategiepaper erklärt hat, ihre Agitation müsse „populär, klar und einfach“ sein. Populismus von links? Die Vorstellung dürfte altemanzipatorisch orientierten Linken ein Gräuel sein, wird Populismus doch regelmäßig mit plumper Demagogie, dumpfen Parolen und rechter Ideologie konnotiert. Wenn man Populismus jedoch in erster Linie als Politikform sieht, lösen sich einige dieser normativen Bedenken auf. Und überhaupt: Was ist schon gegen einen populistischen Politikansatz einzuwenden? Gerhard Schröder und Edmund Stoiber, beide beherrschen die populistische Rhetorik, ansonsten wären sie vermutlich nicht in ihrer gegenwärtigen Position. Viele andere Spitzenpolitiker tun es auch. Und jeder Gewerkschafter weiß, dass er auf einer Kundgebung dann am meisten Applaus erhält, wenn er in einfacher, bildreicher, zuspitzender, polarisierender Sprache auf „die da oben“ schimpft, wenn er die privilegierten Schichten der Gesellschaft mit emotionaler Schärfe attackiert. Im Grunde ist ein dynamischer, plebiszitär unterfütterter Reformismus ohne einen Schuss Populismus schwer vorstellbar, historisch auch kaum auffindbar.

Das Problem ist nur: Wo ist der Volkstribun der Linkspartei, der neue Danton, die auch medial virtuose linksrepublikanische Lichtgestalt, der moderne Robin Hood der „Berliner Republik“ gleichsam? Auf ihn käme es wohl an. Aber er ist nicht recht zu erkennen. So ist das soziale, kulturelle und wohl auch politische Potential für eine neue Linkspartei in der Republik zwar durchaus vorhanden. Doch ob es organisatorisch und programmatisch genutzt, personell kongenial repräsentiert und agitatorisch angeführt werden kann, das erscheint weiterhin eher zweifelhaft. Das mag die Sozialdemokraten derzeit beruhigen. Aber ihre Probleme sind dadurch für die Zukunft keineswegs gelöst. Vielleicht im Gegenteil.